

# Russland kämpft

## Gesetz und Kommission gegen Geschichtsfälscher

Geschichte ist ein hochexplosiver Stoff. Wird sie nicht mit Sorgfalt behandelt und richtig interpretiert, droht Gefahr für Leib und Leben der Bevölkerung – besonders in Russland. Doch dort gibt es weitsichtige Minister, die von Amts wegen verpflichtet sind, drohenden Schaden von ihren Landsleuten abzuwenden.

Gegen diese offenbar akute Gefahr trat im Februar 2009 der Minister für Katastrophenschutz, Sergej Šojgu, auf den Plan. Vor Kriegsveteranen sagte der Minister im Range eines Generalsobersten all jenen den Kampf an, die „die Ergebnisse des Krieges, die Verdienste und Heldentaten des sowjetischen Volkes“ leugnen würden. Wer den Sieg im *Großen Vaterländischen Krieg* in Abrede stelle oder schmälere, solle strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Wen Šojgu mit seinem historischer Katastrophenschutz im Auge hatte, liegt auf der Hand. All jene europäischen Völker, die durch den Hitler-Stalin-Pakt verraten und zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der stalinistischen Sowjetunion zerrieben wurden: die Balten, die Polen, die Rumänen aus Bessarabien und der nördlichen Bukowina, aber auch Bewohner der westlichen Ukraine. Dass hier Hunderttausende Menschen Opfer des stalinistischen Terrors wurden, schikaniert, inhaftiert, nach Sibirien deportiert oder exekutiert wurden, und dass Millionen von Menschen dieser Länder die von Moskau reklamierte „Befreiung vom Faschismus“ mitunter gar nicht als Befreiung empfanden, entspricht der historischen Realität.

Doch diese passt nicht in das Weltbild der politischen Klasse in Russland, die sich seit Vladimir Putin wieder um ein staatlich gelenktes, positives, patriotisches Geschichtsbild bemüht. In dieser Hinsicht war Šojgus Ankündigung nur ein Mosaikstein, der sich zu den Schulbüchern und Handreichungen für Lehrern fügt, in denen Stalin mal als „erfolgreicher Manager“, mal als progressiver Modernisierer figuriert.

Am 20. April 2009 wurde in Moskau der Gesetzentwurf „Zur Verhinderung der Rehabilitierung des Nationalsozialismus, der nationalsozialistischen Verbrecher und ihrer Handlanger in den neuen unabhängigen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR“ in die Duma eingebracht. Er sieht drastische Sanktionen gegen Individuen, Organisationen und Staaten vor, die des – diffus gefassten – Strafbestands der „Rehabilitierung“ für schuldig befunden werden.<sup>1</sup> Zur Erinnerung: Als im Frühjahr 2007 das sowjetische Kriegerdenkmal aus dem Zentrum von Estlands Hauptstadt Tallin auf einen Soldatenfriedhof verlagert wurde, sahen manche Kreise in Moskau nationalsozialistische Handlanger am Werk. Würde der Gesetzentwurf Realität, reichten die Sanktionen von Freiheitsentzug, Auflösung und Verbot der inkriminierten Organisationen bis zur Ausweisung diplomatischer Vertreter.<sup>2</sup>

Am 20. Mai 2009 ordnete Russlands Präsident Dmitrij Medvedev per Dekret die Bildung einer „Kommission beim Präsidenten der Russländischen Föderation zur Verhinderung von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Nachteil der Interessen

<sup>1</sup> Der Gesetzentwurf ist im Wortlaut publiziert unter <[www.regnum.ru/news/1153517.html](http://www.regnum.ru/news/1153517.html)>.

<sup>2</sup> Za rehabilitaciju nacizma budut davat' ot trech do pjati let, in: grani.ru, <<http://grani.ru/Society/Law/p.150288.html>>.

Russlands“ an. Unter den 28 Mitgliedern sind neben dem Leiter der russländischen Archivverwaltung Vladimir Kozlov und vier Historikern (Natalija Naročnickaja, Andrej Sacharov, Aleksandr Čubarjan und Nikolaj Svanidze) vor allem hohe Beamte des Justizministeriums, der Auslandsaufklärung, des Generalstabs, des Außenministeriums, des Sicherheitsrats, des Inlandsgeheimdienstes und der Präsidialverwaltung.<sup>3</sup> Diese Zusammensetzung lässt ahnen, dass es der Kommission kaum um eine Neuauflage des „Streits der Fakultäten“ um die historische Wahrheit geht.

In dem von Medvedev unterzeichneten Dekret werden die zentralen Aufgaben der Kommission festgelegt. Sie soll

- a) Informationen über Fälschungen historischer Fakten und Ereignisse zum Zweck der Herabsetzung des internationalen Ansehens der Russländischen Föderation zusammenfassen und analysieren und dem Präsidenten der Russländischen Föderation darüber Bericht erstatten,
- b) eine Strategie zur Verhinderung von Fälschungen historischer Fakten und Ereignisse zum Nachteil der Interessen Russlands erarbeiten,
- c) dem Präsidenten der Russländischen Föderation Vorschläge über geeignete Maßnahmen zur Verhinderung der Fälschung historischer Fakten und Ereignisse zum Nachteil der Interessen Russlands unterbreiten,
- d) die Vorschläge von föderalen Behörden, Behörden der Subjekte der Russländischen Föderation sowie von Organisationen zur Verhinderung von Fälschungen historischer Fakten und Ereignisse zum Nachteil der Interessen Russlands zum Nachteil der Interessen Russlands prüfen und ihre Tätigkeit koordinieren,
- e) Empfehlungen zu angemessenen Reaktionen auf Versuche der Fälschung historischer Fakten und Ereignisse zum Nachteil der Interessen Russlands und zur Abwendung von deren möglichen negativen Konsequenzen erarbeiten.<sup>4</sup>

Der Kommission gehören an:

Naryškin, A.D. – Leiter der Präsidialverwaltung (Vorsitz)

Kalina, I.I. – Stv. Ministerin für Bildung und Wissenschaft (Stellvertretender Vorsitz)

Siroš, I.I. – Assistent des Leiters der Präsidialverwaltung (Stellvertretender Vorsitz)

Demidov, I.I. – Sektionsleiter in der Abteilung Innenpolitik der Präsidialverwaltung (Verantw. Sekretär der Kommission)

Alchanov, A.D – Stv. Justizminister

Busygin, A.E. – Stv. Kulturminister

Butko, E.Ja. – Stv. Leiterin der Föderalen Agentur für Bildungswesen

<sup>3</sup> Medvedev naznačil borcov s fal'sifikacijami, in: Nezavisimaja Gazeta, 20.5.2009, <[www.ng.ru/columnist/2009-05-20/100\\_false.html](http://www.ng.ru/columnist/2009-05-20/100_false.html)>.

<sup>4</sup> Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 15 maja 2009 g. N 549 „O Komissii pri Prezidente Rossijskoj Federacii po protivodejstvuju popytkam falsifikacii istorii v uščerb interesam Ros-sii“, in: Rossijskaja gazeta, 20.5.2009, <[www.rg.ru/2009/05/20/komissia-dok.html](http://www.rg.ru/2009/05/20/komissia-dok.html)>.

- Vinokurov, S.Ju. – Leiter der Abteilung für interregionale und internationale kulturelle Beziehungen in der Präsidialverwaltung
- Dergačev, V.V. – Stellvertretender Direktor des Föderalen Dienstes für technologische und Exportkontrolle (FSTEK), verantwortlicher Sekretär der Interministeriellen Kommission zum Schutz von Staatsgeheimnissen
- Zatulin, K.F. – Erster Stv. Vorsitzender des Dumausschusses für die GUS und die Beziehungen zu den Landsleuten (in Abstimmung)
- Zimakov, V.A. – Abteilungsleiter beim Auslandsaufklärungsdienst (SVR)
- Kambolov, M.A. – Stv. Leiter der Föderalen Agentur für Wissenschaft und Innovation (Rosnauka)
- Kozlov, V.P. – Leiter der Föderalen Archivagentur (Rosarchiv)
- Makarov, N.E. – Chef des Generalstabs der Streitkräfte – Erster Stellvertretender Verteidigungsminister
- Markov, S.A. – Stv. Vorsitzender des Dumausschusses für gesellschaftliche Vereinigungen und religiöse Organisationen (in Abstimmung)
- Nazarenko, V.P. – Stv. Leiter der Abteilung Außenpolitik in der Präsidialverwaltung
- Naročnickaja, N.A. – Präsidentin der Stiftung zur Untersuchung historischer Perspektive (in Abstimmung)
- Povalko, A.B. – Stellvertretender Leiter der Föderalen Agentur für Jugendfragen (Rosmolodež')
- Romančenko, A.Ju. – Stv. Leiter der Föderalen Agentur für Presse und Massenkommunikation (Rospečat')
- Sacharov, A.N. – Direktor des Instituts für russländische Geschichte der Russländischen Akademie der Wissenschaften (in Abstimmung)
- Svanidze, N.K. – Vorsitzender des Ausschusses für interethnische Beziehungen und Gewissensfreiheit der Gesellschaftskammer (in Abstimmung)
- Sobolev, W.A. – Stv. Sekretär des Sicherheitsrates der Russländischen Föderation
- Titov, V.N. – Stellvertretender Außenminister
- Toršin, A.P. – Erster Stellvertretender Vorsitzender des Föderationsrats (in Abstimmung)
- Christoforov, V.S. – Abteilungsleiter im Föderalen Sicherheitsdienst (Inlandsgeheimdienst)
- Čubar'jan, A.O. – Direktor des Instituts für allgemeine Geschichte der Russländischen Akademie der Wissenschaften (in Abstimmung)
- Šabanov, Ja.V. – Leiter der Referentenabteilung des Präsidenten
- Šipov, S.W. – Abteilungsleiter im Ministerium für regionale Entwicklung<sup>5</sup>

Zwei Tage nach diesem Erlass veröffentlichte die Menschenrechtsorganisation MEMORIAL eine Erklärung, die wir im Wortlaut wiedergeben.

<sup>5</sup> Ebd.

PO ZAWARCIU NIEMIECKO-BOLSZEWICKIEGO  
PAKTU NIEAGRESJI.



Stalin. — Towaryszcz archiwist. Ty ten projekt, co go dźwigasz, rzuć do czar-  
towej matki. Teraz poszła gra sawsiem drugaja. Teraz idzie o to, kto kogo naduje:  
Hitler mnie, ili ja jego.

„Nach dem Abschluss des deutsch-bolschewistischen Nichtangriffspakts“  
Auf der Mappe steht: „Projekt Nr. 57 des Bündnisses (oder: der Allianz) der UdSSR  
mit England und Frankreich“.

Stalin: „Genosse Archivar, das Projekt, das du da mit Dir rumschleppst, kannst Du  
dem Teufel spenden. Jetzt wird ein andres Spiel gespielt. Jetzt geht es darum, wer wen  
über den Tisch zieht Hitler mich, oder ich ihn.“

Aus der polnischen Satirezeitschrift „Mucha“, 1.9.1939

# Zur neuen Kommission beim Präsidenten der Russländischen Föderation

## Erklärung der Gesellschaft MEMORIAL

In Russland gib es eine neue Kommission. Sie heißt *Kommission für die Bekämpfung von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Nachteil der Interessen Russlands* (Kommissija po protivodejstviju popytkam fal'sifikacii istorii v uščerb interesam Rossiii). Hat man sich durch das grammatikalische Dickicht der Bezeichnung gekämpft, kann man zu folgendem Schluss kommen: Es gibt Kräfte, die versuchen, die Geschichte zu fälschen. Diese Versuche schaden Russlands Interessen. Aufgabe der Kommission ist es, diesen Versuchen entgegenzuwirken.

Welche Bedeutung die Kommission für den Staat hat, zeigt schon ihre Zusammensetzung. Da finden sich der Inlandsgeheimdienst FSB, der Auslandsnachrichtendienst, der Sicherheitsrat, das Außen- und das Justizministerium, ja sogar der Generalstabschef der Armee. Vorsitzender ist der Chef der Präsidialverwaltung Sergej Naryškin. Die professionellen Historiker unter den 28 Kommissionsmitgliedern kann man an einer Hand abzählen. Das ist kein Zufall.

Geschichtsfälschungen fügen – unabhängig davon, welche nationale Geschichte sie betreffen und gegen wen sie sich richten – der gesamten Menschheit Schaden zu, den Franzosen und den Polen, den Amerikanern und den Finnen, den Bürgern Russlands und jedes anderen Landes. Der Versuch, eine besondere Kategorie von Fälschungen zu identifizieren, die „den Interessen Russlands schadet“, ist, gelinde gesagt, reichlich bizarr. Aber das ist bei weitem nicht alles.

Es gibt tatsächlich zahlreiche Versuche, die Geschichte Russlands zu verfälschen. Nach wie vor kursieren die stalinistischen Erfindungen von einer „fünften Kolonne“ und einer „faschistischen Verschwörung im Militär“ im Jahre 1937. Ferner werden überall in Russland Bücher verbreitet, die entgegen allgemein bekannten Tatsachen beweisen sollen, dass der NKVD an „Katyn“ – der Erschießung polnischer Kriegsgefangener im Jahr 1940 – nicht beteiligt war. Hochrangige Politiker relativieren den Staatsterror der Stalin-Zeit oder rechtfertigen ihn sogar, obwohl längst veröffentlichte Dokumente ihn eindeutig belegen. Solche Tendenzen sind sogar in die Schulbücher eingegangen.

Fügen derlei eklatante Geschichtsfälschungen Russland Schaden zu? Ohne Zweifel. Sie nehmen den Bürgern Russlands ihre einzigartige und tragische Vergangenheit, sie untergraben die Grundlagen unserer nationalen Identität, sie zerstören das Band zwi-

schen den Generationen, sie verwischen die sittlichen Wertmaßstäbe der Jugend, sie erzeugen Konflikte mit den Nachbarvölkern und unterminieren Russlands Ruf in der Welt.

Wir halten es für falsch, mit gesetzlichen Verboten gegen Geschichtsfälschungen vorzugehen. Man muss sich mit ihnen in freien wissenschaftlichen Diskussionen – auch internationalen – auseinandersetzen, in denen alle Parteien ihre Argumente einer breiten Öffentlichkeit vortragen können. Die Gesellschaft ist imstande und hat ein Recht darauf, frei und offen über historische Fakten – sowohl bereits bekannte als auch neu entdeckte – zu diskutieren, sie zu bewerten und historisch einzuordnen, zu entscheiden, wie mit ihnen umzugehen ist. Die Aufgabe des Staates beschränkt sich darauf, solche Diskussionen zu ermöglichen, indem er die historischen Materialien umfassend und schnell freigibt, den Zugang zu historischen Dokumenten erleichtert, die Arbeit der Archive finanziert und die historische Forschung sowie die Publikation ihrer Ergebnisse fördert. In keiner Weise darf er auf die Inhalte Einfluss nehmen. Freier Zugang zu historischen Quellen und ihre umfassende Veröffentlichung sind das beste Mittel gegen Fälscher. Dafür bedarf es keiner neuen Spezialkommissionen. Es reicht aus, die Arbeit jener Kommission zu verbessern, die für die Freigabe der staatlichen Archive zuständig ist und die übrigens der erwähnte Sergej Naryškin leitet. Insbesondere ist die Entscheidung zu revidieren, mit der die Untersuchungsergebnisse der Zentralen Militärstaatsanwaltschaft der Russländischen Föderation zu Katyn für geheim erklärt worden sind.

Wir wollen uns aber keine Illusionen machen. Vermutlich wird die neue Kommission nicht gegen Fälschungen historischer Tatsachen vorgehen, sondern gegen bestimmte Ansichten, Bewertungen und Konzeptionen, natürlich nur gegen jene, die im Widerspruch zur staatlichen Erinnerungspolitik stehen. Gerade von diesen Bewertungen und Konzeptionen wird es heißen, sie schaden Russlands Interessen; gerade sie wird der Staat bekämpfen. Wie das aussehen wird, kann man sich leicht vorstellen, wenn man von der reichhaltigen Erfahrung ausgeht, die man in Russland mit dem „Kampf gegen Geschichtsfälscher“ hat.

Wenn sich unsere Befürchtungen bewahrheiten, dann ist diese Kommission nicht nur kontraproduktiv, sondern sogar verfassungswidrig, denn ihr Kampf ideologisiert die Politik des Staates, was nach Art. 13 der Verfassung der Russländischen Föderation ausdrücklich verboten ist.

Moskau, 22. Mai 2009

*Aus dem Russischen von Vera Ammer, Euskirchen*